Gebieten abfinden in der bestimmten Erwartung daß die Reichsregierung alle geeigneten Schritte unternehmen wird, um die alsbaldige Räumung des Ruhrgebietes durchzusetzen.

Nachdem dem Vorsitzenden die Ermächtigung erteilt war, sowohl das Mehrheits- wie das Minderheitsvotum der Reichsregierung sofort zu übermitteln wurde am Schluß der Sitzung festgestellt, daß kein Ausschußmitglied gegen die Gesetzentwürfe gestimmt hatte.

Berlin, 24. August. Der auswärtige Ausschuß des Reichstages erledigte heute in 10stündiger, ununterbrochener Sitzung die Gesetzentwürfe über die Industriebelastung, die Aufbringung dieser Industriebelastung und über die Reichsbahn. Außerdem wurden mehrere Resolutionen angenommen, wegen der Sicherstellung der Rechte der Beamtenschaft bei der Reichsbahn.

Weitere Stimmen aus dem besetzten Gebiet für Annahme der Londoner Beschlüsse.

Essen, 23. August. Die Notgemeinschaft der deutschen Regiebediensteten hat ein Telegramm an die Deutschnationale Reichstagsfraktion gerichtet, wonach die deutschen Regiebeamten unbedingt Annahme des Eisenbahngesetzes erwarten.

Köln 23. August. Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes hat an den Reichstag folgendes Telegramm gerichtet: „Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes bittet den Reichstag dringend, trotz aller Bedenken dem Londoner Abkommen zuzustimmen, damit die völlig zerrüttete Wirtschaft des besetzten Gebietes wieder in Gang kommt und eine geordnete Verwaltung möglich wird. Die Ablehnung würde die Lage des besetzten Gebietes unerträglich gestalten.

Berlin, 23. August. Beim Reichsminister des Auswärtigen ist folgendes Telegramm eingegangen: „Hundert wegen deutschnationaler Propaganda im französischen Gefängnis Dortmund nach Freiheit schmachtende Gefangene bitten unter allen Umständen um Annahme des Londoner Abkommens. Rotes Kreuz Lünen, Balzer, Vorsitzender."

Der Rheinische Handwerkertag fordert Annahme der Londoner Beschlüsse.

Bonn, 24. August. Unter großer Beteiligung und im Beisein von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden wurde hier der 40. rheinische Handwerkertag abgehalten. Nach einer Rede des Reichstagsabg. Esser-Euskirchen und nach einer Rede des Reichsministers für die besetzten Gebiete Höfle wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der rheinische Handwerkertag an den Reichstag den dringenden Appell richtet, den Londoner Beschlüssen zuzustimmen, da deren Ablehnung für das Handwerk den Zusammenbruch bedeuten würde.

Die Intervention der Gewerkschaften.

Bochum, 22. August. In den Kampf für die Annahme des Londoner Abkommens sind auch die Gewerkschaften sämtlicher Richtungen eingetreten. Sowohl die freien wie die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Organisationen fordern in Konferenzbeschlüssen und Zuschriften an die Oeffentlichkeit die Annahme des Dawesplanes. Der Widerhall, den diese Propaganda in allen Schichten der Bevölkerung findet, läßt die wenigen Ausnahmen völlig isoliert.

Veränderte Stellungnahme der Deutschnationalen?

Berlin, 25. August. Während der Montag die Montagsausgabe des Berliner Lokalanzeigers über die Frage der Haltung der Deutschnationalen bei der Abstimmung über die Dawesgesetze nichts mitzuteilen weiß glaubt die Montagspost von einer Aenderung in der Stellungnahme der Deutschnationalen berichten zu können. Unter dem Einfluß des Parteivorsitzenden Dr. Hergt des Großadmirals von Tirpitz, des Reichstagspräsidenten Wallraf des württembergischen Staatspräsidenten Bazille und des in Düsseldorf gewählten deutschnationalen Abg. Neuhaus werde die deutschnationale Fraktion für die entscheidende Abstimmung keinen Fraktionszwang beschließen, sondern ihren Mitgliedern die Abstimmung freigeben.

Vorbereitung der Ruhrräumung.

Paris, 24. August. In Brüssel wurde folgende offiziöse Note ausgegeben: Die Führer der französischen und belgischen technischen Abordnungen im Ruhrgebiet werden in einigen Tagen in Düsseldorf eintreffen, um Beschlüsse über die praktischen Maßnahmen zu treffen die notwendig sind, um die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes vorzunehmen. Doch ist es wahrscheinlich daß von deutscher Seite bisher nicht vorgesehen wurde an Stelle der Alliierten innerhalb der Fristen zu treten, deren Festsetzung die Deutschen in London selbst verlangt hatten.

Was zunächst geräumt wird.

Die auf Grund der Londoner Vereinbarungen zu räumenden deutschen Gebiete haben folgenden Umfang:

Offenburg—Appenweier, 128 qkm. mit 84 000 Einwohnern: der Hafenbezirk von Mannheim, 17 qkm. mit 13 000 Einwohnern.

Von hessischen Gebietsteilen werden geräumt: bei Darmstadt 18 qkm. mit 35 000 Einwohnern, und zwar die Eisenbahnwerkstätten und die Wohnkolonie und außerdem der Waldfriedhof der Stadt Darmstadt, weiter die Verbindungsstraße zwischen Darmstadt und Griesheim, außerdem ein Geländestreifen südlich von Darmstadt—Eschebrücken.

Von preußischen Gebieten sind zu räumen 1432 qkm. mit 835 000 Einwohnern. Hiervon umfassen der „Flaschenhals" zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz 388 qkm. mit 49 000 Einwohnern; der „Flaschenhals" zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Köln 431 qkm. mit 56 500 Einwohnern;

fernerhin Gebietsteile der Kreise Emmerich-Wipperfürth-Wohwinkel mit 230 qkm. und 39 500 Einwohnern;

der Stadtkreis Remscheid-Cronenberg mit 43 qkm. und 84 800 Einwohnern;

die Stadtgebiete von Emmerich und Wesel mit 57 000 Einwohnern;

Stadt- und Landkreis Dortmund mit 233 qkm. und 481 900 Einwohnern;

Stadt- und Landkreis Hörde mit 171 qkm. und 107 500 Einwohnern.

Vor der Räumung Dortmunds.

Paris, 23 August. Wie die „Information" aus Brüssel erfährt, soll die militärische Räumung Dortmunds in den ersten Tagen des September stattfinden. Im Laufe der ersten Hälfte des kommenden Monats wollen die Belgier auch die Zollposten von Lippe, gegenüber von Wesel, räumen.

Vertrauen für Herriot.

Mit 336 gegen 204 Stimmen.

Paris, 22. August.

Die Kammer hat am Freitag und Sonnabend die Interpellationsdebatte über die Ergebnisse der Londoner Konferenz fortgesetzt. Der Radikalsoziale Margaine übte eine außerordentlich scharfe Kritik an der Ruhrpolitik. Das Abenteuer, das die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Frankreich aufbrachte, habe u. a. zur Folge gehabt, daß in London die Rollen zwischen Deutschland und Frankreich zum Schaden des letzteren vertauscht schienen und man dort den Eindruck hatte als wenn Deutschland durch England verteidigt würde.

Der Sozialist Leon Blum beschäftigt sich zunächst mit dem Ergebnis der Ruhrbesetzung, die höchst unheilvoll für Frankreich gewesen sei. Die Herrschaft Poincares habe zu lange gedauert, und er sei es gewesen, der diese Atmosphäre des Mißtrauens in Frankreich geschaffen habe. Die Londoner Konferenz sei die Bankrotterklärung des Poincarismus.

In seiner Schlußrede führte Ministerpräsident Herriot aus, das Räumungsproblem sei ein wirtschaftliches Problem. Der Sachverständigenplan könne sich nicht nur auswirken durch die Solidarität der Alliierten, sondern durch Annäherung zwischen diesen und Deutschland. Unter dem Beifall des ganzen Hauses erklärte Herriot: Wenn die Menschen in Europa endlich wieder zu menschlichen Zuständen gelangen sollen, so muß die Festung des Militarismus zerstört werden. Wenn Deutschlands Demokraten uns bei diesem Werk nicht unterstützen, würden sie eine schwere Verantwortung auf sich laden. Hätte davon die Rede sein können, das Ruhrgebiet bis zur Bezahlung bis letzten Pfennigs besetzt zu halten? Es genüge in England und Amerika Notizen gemacht zu haben, um zu wissen, daß davon keine Rede sein könnte. Beim Schluß seiner Rede wurden Herriot von der Linken stürmische Beifallskundgebungen bereitet. Eine einzige

Tagesordnung

liegt vor: Die Kammer beglückwünscht die Regierung dazu daß sie den Grundsatz des Schiedsgerichts in die Londoner Abmachungen hineingebracht und es dadurch den Unterhändlern ermöglicht hat, im liberalen Geiste internationaler Zusammenarbeit und Eintracht zu praktischen, friedlichen Lösungen des Reparationsproblems zu gelangen. Sie setzt das Vertrauen in die Regierung daß sie im Verlauf der bevorstehenden Konferenzen über die interalliierten Schulden sofort beim Völkerbund das Werk der Gerechtigkeit und des Friedens, das in seiner Gesamtheit die Sicherheit und den Wiederaufbau verwirklichen soll, fortsetzen wird. Sie billigt die Erklärung der Regierung und geht unter Ablehnung jedes Zusatzes zur Tagesordnung über.

Erst gegen 4 Uhr morgens kommt es zur Abstimmung. Die Vertrauenstagesordnung wurde mit 336 gegen 204 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung Montag vormittag 10 Uhr.

26 Prozent Ausfuhrabgabe auch nach Frankreich?

Ministerpräsident Herriot hat in der Nachtsitzung der Kammer erklärt, daß er den Entwurf für die Einführung einer 26prozentigen Abgabe von der deutschen Einfuhr nach Frankreich entsprechend der englischen Reparationsabgabe habe vorbereiten lassen.

Kommunistenverhaftungen überall.

Kattowitz, 24. August. Wie die Kattowitzer Zeitung meldet, wurde in Mucwiesk eine aus sieben Köpfen bestehende russische Ueberfallabteilung gestichtet die vom polnischen Abwehrdienst angegriffen wurde. Vier Banditen wurden getötet, drei gefangen genommen. Die polnische Polizei hatte zwei Tote zu beklagen. Nach derselben Zeitung wurden in Warschau im Lokal des Vereins der Textilarbeiter 150 Personen verhaftet, weil dort Versammlungen der kommunistischen Jugend abgehalten wurden.

Auslieferung der Erzberger-Mörder.

Budapest, 24. August. Nach Mitteilung der Presse hat ein deutscher Kriminalbeamter, der Schulze persönlich kannte Förster als den Mörder Erzbergers identifiziert. Förster versuchte sein Alibi zu beweisen das aber von dem Kriminalbeamten als hinfällig bezeichnet wurde. Förster-Schulze wurde der Staatsanwaltschaft eingeliefert. Der ungarische Justizminister äußerte sich dahin, daß die Regierung den Standpunkt vertrete daß der Gerichtshof über die Auslieferung zu entscheiden haben wird, sobald sich herausgestellt habe daß es sich tatsächlich um den Mörder Erzbergers handelt. In diesem Falle werde die Auslieferung ordnungsmäßig erledigt werden.

Verhaftungen von Faschisten.

Rom 24. August. Der außerordentliche Kommissar des Ministers des Innern hat seine Untersuchungen in Neapel beendigt und ist nach Rom zurückgekehrt. 18 Mitglieder der faschistischen Hafenpolizei wurden in Haft behalten und unter Anklage des Mordversuches und der Plünderung gestellt.

Das Begräbnis Matteottis

hat unter großer Feierlichkeit stattgefunden unter Teilnahme der Mutter, der Witwe, der Familienangehörigen, der Vertreter der Behörden und einer Abordnung der Kammer. Die Abgeordneten der Linken verweigerten demonstrativ die Teilnahme an der Trauerfeierlichkeit, die sich unter einer förmlichen Ekstase in Fratta Polesine vollzogen. Der Sarg wurde vor der Beisetzung dreimal gegen den Himmel gehoben und der Menge gezeigt die in Hochrufe auf den Märtyrer Matteotti ausbrach. In Neapel kam es mittlerweile zu neuen Unruhen.

Die Herweghs.

Roman von Liesbet Dill.

Copyright by M. Feuchtwanger Halle a. S.

(33. Fortsetzung.)

Die Ansichten seiner Kollegen gingen in diesen Fragen auseinander. Die meisten beschäftigten sich nicht mit Psychiatrie. Das überließ man den gerichtlichen Psychiatern. Die Richter sahen es nicht gern, wenn sich die Advokaten als Hilfstruppen Aerzte hinzuzogen, die ihre Rechtsurteile oft durch ihre wissenschaftlichen Belege wertlos machten.

„Wenn alle Verbrecher für geistig anormal erklärt werden," sagte der Landrichter mit dem Herwegh nach der Sitzung heimging, „macht man am besten das ganze Gericht zu, übergibt die Diebe und Mörder den Irrenanstalten, dann kann der Staat für sie sorgen und unsereiner hat wenigstens keine Arbeit mit ihnen."

Es wehte Herwegh immer eine feindliche, kühle Luft entgegen, wenn er mit Juristen auf diese Fragen kam. Er fühlte das, aber dieses Ausweichen war nur natürlich ein Richter durfte sich nicht in diesem Labyrinth verlieren.

Sein Kollege Ehrlich stand diesen Fragen skeptisch gegenüber. Er hatte die Praxis seines Vaters übernommen und führte sie ganz im Sinne seines alten Herrn weiter. Nur war er nicht so grob, sondern sehr korrekt und gewandt, und dafür bekannt, daß er nur „noble Fälle" nahm.

Die anderen lehnte er ab. Er glaubte nicht an die geheimnisvollen Gefühlszusammenhänge, an die sich die Weltanschauungen und Willensrichtungen der Menschen knüpfen. „Ueberhaupt Gefühle," sagte Ehrlich, „wenn wir uns erst darauf einlassen." Er zuckte die Achseln. „Gewiß stellt diese Vererbung und Belastung der Verbrecher eine gefährliche Beeinflussung dar, aber wenn man alle Verbrecher ihrer angeborenen Eigenschaften wegen freisprechen wollte, wäre die Welt bald in den Händen der Zuchthäusler."

Herwegh widersetzte sich. Die Menschen werden nicht allein durch sprachliche Gedankenvermittelung sondern auch durch vorgebildete Gemeinschaft der Gefühle beeinflußt, und sie müssen danach handeln, ob sie wollen oder nicht."

„Aber Kollege —"

„Wir alle sind aus der inneren Anlage heraus nicht nur Menschen sondern auch Mitmenschen," fuhr Herwegh fort. „Es gehört zu unserem Beruf daß man andere versteht und sich den fremden Gefühlszustand vergegenwärtigt. Die Einfühlung ist es, was uns Juristen fehlt."

„Lieber Herwegh," sagte Ehrlich der diesen Ausführungen mit einem überlegenen Lächeln gefolgt war, „Sie haben in allem recht. Sie geraten dabei aber auf die Bahn des Psychiaters, und den kümmert die rechtliche Beurteilung eines Falles wenig. Der Richter soll nur die Tat beurteilen, um das Wie und Weshalb hat er sich nicht zu kümmern."

„Aber wie verletzbar machst du das!" rief Herwegh. „Nein, das bestreite ich ganz entschieden, denn wir kämmen damit auf die höchste Ebene."

„Und machst damit deine ganze, komplizierte Weltanschauung?"

„Zum Ziel, das wir uns alle stecken sollen, zur gerechten Beurteilung des Falles."

„Ohne daß wir seine Gründe untersucht haben?"

„Die andere führt jedenfalls zu dem Chaos und den dunklen Winkeln, in denen sich die faulen Fälle verbergen," sagte Ehrlich. „Beschäftigen Sie sich nicht zu viel damit, es ist nicht gut."

Als Herwegh zum erstenmal die Akten eines solchen zweifelhaften Falles in die Hand nahm, um ihn zu bearbeiten, erinnerte er sich an dieses Gespräch, er zögerte eine Weile und schaute sinnend in die Akten. „Soll ich oder soll ich nicht?"

Die anderen Kollegen hatten den Fall Ussran abgelehnt. Es war eine Postsekretärsfrau die eine Reihe von Diebstählen begangen hatte und von dem Besitzer eines Warenhauses auf frischer Tat ertappt und angezeigt worden war.

Auf die Anzeige hin rührten sich auch andere geschädigte Kaufleute, die bisher aus Rücksicht auf die Familie geschwiegen hatten, und es kam heraus, daß diese Frau, deren Mann ein auskömmliches Gehalt bezog, die in geordneten Verhältnissen lebte, selbst Vermögen besaß, jahrelang kleine und größere Diebstähle in den Geschäften mit einer geradezu raffinierten Geschicklichkeit ausgeführt hatte. Man fand bei der Haussuchung aufgestapelte Berge von Seidenresten, Blusen, Wäsche, seidene Strümpfe, Schmuck, Bänder, Stoffen. Für zwei wohlerzogenen, gesitteten Kinder dürfte ganz bestimmt, daß ihre Mutter als Diebin entlarvt war.

(Fortsetzung folgt.)